

# SOZIAL KONFERENZ RUHR

KOMMUNALE SOZIALPLANUNG -  
PRAXIS UND PERSPEKTIVE

14. JUNI 2023  
GELSENKIRCHEN

**Herausgeber**

Regionalverband Ruhr  
Die Regionaldirektorin  
Kronprinzenstraße 35  
D-45128 Essen

T: +49 (0)201 2069 - 0

F: +49 (0)201 2069 - 500

[www.rvr.ruhr](http://www.rvr.ruhr)

**Redaktion**

Referat Bildung, Soziales und Regionalanalyse / RVR  
Kristin Dittrich

**Gestaltung**

Team Kommunikationsdesign / RVR

**Text**

Tanja Weimer,  
Schacht 11

Essen, August 2023

# INHALT

Begrüßung.....	5
Eröffnungsvortrag: Armut bekämpfen – Sozialplanung gestalten .....	7
Keynote: Integrierte Sozialplanung und präventive Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit .....	10
Podiumsdiskussion .....	13
World Café – Perspektiven der integrierten strategischen Sozialplanung .....	17
1. Sozialplanung „goes Quartier“ – Schnittstelle Sozialplanung und Quartiersentwicklung.....	18
2. Sozialplanung als Mittel zur Armutsbekämpfung .....	19
3. Zusammenarbeit zwischen Sozialplanung und Fachplanungen.....	20
4. Interaktion zwischen Kommunen, Politik und freier Wohlfahrtspflege .....	21
5. Vernetzung der Sozialplanung in der Metropole Ruhr.....	22
6. Wirkungsorientierte Steuerung und Evaluierung .....	24
Schlusswort und Ausblick.....	26



Andrea Henze, Sozialbeigeordnete der Stadt Gelsenkirchen  
Sabine von der Beck, stellvertretende Vorsitzende der RVR-Verbandsversammlung  
Anke Bruns, Tagesmoderation



Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen für alle Teile der Bevölkerung ist seit langem eine wesentliche Herausforderung für viele Kommunen in der Metropole Ruhr. Der notwendige „Quantensprung“ bei der Armutsbekämpfung allerdings scheint in den vergangenen Jahrzehnten – etwa im Vergleich zum medizinischen Fortschritt – weitgehend ausgeblieben. Das konstatierte Moderatorin Anke Bruns zum Auftakt der fünften Sozialkonferenz Ruhr. Die Veranstaltung fand erstmals seit der Pandemie wieder in Präsenz statt und wurde vom Regionalverband Ruhr (RVR) gemeinsam mit der Stadt Gelsenkirchen und der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B.) organisiert. Das Thema: Praxis und Perspektiven der kommunalen Sozialplanung.

Also: kein „Quantensprung“ bislang. Was jedoch ist notwendig, damit Sozialplanung tatsächlich als wirkungsvoller Hebel fungieren und zukunftsfähige Lösungen beim Thema Armut vorantreiben kann? Zum einen:

eine ganzheitliche Herangehensweise. „Wir müssen im Rahmen einer integrierten kommunalen Sozialplanung gemeinsam nicht gegeneinander am Thema arbeiten“, appellierte Andrea Henze, Sozialbeigeordnete der Stadt Gelsenkirchen. „Sozialplanung könne nicht allein von einem Partner gestaltet werden, also nur von der Stadt oder nur von der Politik. Man muss alle Kolleg\*innen mitnehmen, auch jene anderer Organisationen wie Arbeitsverwaltung, Krankenkassen, Krankenhäuser. Es geht hier um viele Institutionen, und das ist enorm wichtig.“

Tatsächlich sei, urteilte auch Sabine von der Beck, das „kleinräumige, versäulte System“ aus unterschiedlichen Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung ein wesentliches Manko der bisherigen Strategien. Auch für die stellvertretende Vorsitzende der Verbandsversammlung des RVR stand außer Frage, dass „man die unterschiedlichen Ämter an einen Tisch bekommen muss, damit dann gemeinsam geschaut werden kann, wo die Problemlagen sind“. Und das möglichst quartiersweise, gezielt zugeschnitten auf Stadtteile mit hohen sozialen Schwierigkeiten und aus der „Binnensicht“ der Betroffenen heraus.

Ein Vorhaben, versicherte Henze aus eigener Erfahrung, das indes Zeit und enorm viel Überzeugungsarbeit kostete. So habe die Stadt Gelsenkirchen zwar bereits 2006 einen Arbeitskreis Sozialraum initiiert. „Doch erst Ende 2022 ist es mir gelungen – und diese Gespräche haben ein ganzes Jahr gedauert – den AK Sozialraum mit den entsprechenden Mitarbeitenden auch zu mir ins Dezernat zu holen. Und wir haben dann sehr schnell

festgestellt, wie wichtig auch ein dezernatsübergreifender Lenkungsreis ist, in dem beispielsweise auch das Umweltamt und die Stadtplanung sitzen.“

Interdisziplinäre Zusammenarbeit auf lokaler Ebene allerdings ist nur ein Teil der Herausforderung. Wirksame Sozialplanung, darin stimmten die beiden Rednerinnen überein, bedürfe auch der regionalen Perspektive. Gefragt sei ein starkes Netzwerk in der gesamten Metropole Ruhr. Es gelte, Ideen und Best-Practice-Beispiele weiterzugeben, einander über kommunale Grenzen hinweg zu stärken.



**WENN WIR DIESE SOZIALEN PROBLEME IN DER REGION NICHT IN DEN GRIFF BEKOMMEN, DANN KONTERKARIEREN WIR DIESE GANZEN BEMÜHUNGEN, DIE REGION WIEDER NACH VORN ZU BRINGEN.** [Sabine von der Beck](#)

Eine Leistung, die nicht zuletzt von der Sozialkonferenz Ruhr angestoßen werden könne. Sabine von der Beck: „Diese Konferenz könnte ein Tor sein, damit Sie im Austausch bleiben und nicht jeder für sich allein kämpft.“ Fakt sei, „dass wir im Ruhrgebiet im Vergleich zu anderen Regionen Armut vererben“. Und diese Tatsache habe weitreichende Folgen auf vielerlei Ebenen: „Der RVR organisiert Kampagnen für das Ruhrgebiet, weil wir wissen, dass die Imagewerte sehr schlecht sind. Wir geben Millionen dafür aus. Aber wenn wir diese sozialen Probleme in der Region nicht in den Griff bekommen und auch die soziale Verortung von Problemen nicht wirklich händeln, dann konterkarieren wir diese ganzen Bemühungen, die Region wieder nach vorn zu bringen, wirt-

schaftlich, aber eben auch mit Blick auf das gesamte Image.“

Gemeinsames Handeln, starke regionale Strukturen, neue Bündnisse. Was bleibt, ist – wie so oft – die Frage nach der Finanzierung, schließlich ist die prekäre fiskalische Situation in vielen Ruhrgebietskommunen ein Dauerthema. Die Forderung, die sich hier im Begrüßungsgespräch herauskristallisierte, sollte im weiteren Verlauf der Konferenz noch mehrfach angesprochen werden: gesicherte Strukturförderung statt „Projektitis“. Henze: „Normalerweise läuft es so: Wir haben ein gutes Konzept, für das wir nur eine bestimmte Zeit und begrenzte Mittel haben, und dann geht das Projekt wieder aus dem Stadtteil heraus, und man lässt die Menschen wieder allein. So geht das nicht. Integrierte Sozialplanung bedeutet, dass wir ganzheitlich denken, nachhaltig.“ Verbunden, so das Resümee der Gelsenkirchener Sozialbeigeordneten, sei das auch mit der Nutzung neuer Synergien: „Ich würde mir wünschen, dass die Kommunen nicht mehr als Einzelkämpfer auftreten, sondern dass wir eine gemeinsame Datenbasis entwickeln, miteinander diskutieren. Überall sind die personellen Ressourcen reduziert. Wir könnten gemeinsam auf Dinge zurückgreifen und miteinander am Thema Armut arbeiten. Ob nun für die Menschen in Gelsenkirchen oder aber für das komplette Ruhrgebiet.“

# ERÖFFNUNGSVORTRAG: ARMUT BEKÄMPFEN – SOZIALPLANUNG GESTALTEN

Gabriele Schmidt, Referatsleitung Grundsatzfragen Soziales im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS)



„Sozialplanung ist für uns ein wichtiges Instrument, um Armut früher, umfassender und gezielter bekämpfen zu können. Sie ist wichtig, um Ressourcen zielgerichteter planen und einsetzen und um auch Krisen schneller und besser bewältigen zu können.“ Für das Land, versicherte Gabriele Schmidt, Referatsleitung Grundsatzfragen Soziales im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) NRW, stehe deshalb außer Frage, dass die Kommunen bei der Umsetzung dieser zentralen Aufgabe auch zukünftig Unterstützung erhalten werden. Denn: Um wirkungsvolle Strategien der Armutsbekämpfung zu entwickeln und um gleichwertige Lebensbedingungen für alle zu schaffen, seien das

„ **SOZIALPLANUNG IST FÜR UNS EIN WICHTIGES INSTRUMENT, UM ARMUT FRÜHER, UMFASSENDER UND GEZIELTER BEKÄMPFEN ZU KÖNNEN.** Gabriele Schmidt

gemeinsame Handeln auf allen Ebenen sowie ein grundsätzlich integrierter, kleinräumiger Ansatz in der Sozialplanung unerlässlich. In der Vergangenheit habe sich auf diesem Feld zwar bereits einiges getan, doch „wir haben auf jeden Fall noch Luft nach oben“.

Im Zuge des ersten Armuts- und Reichtumsberichtes im Jahr 2004, erinnerte sich Schmidt, habe man auf Landesebene recht schnell registriert, dass die kommunale Sicht und jene der freien Wohlfahrtspflege in der Berichterstattung nicht außen vorbleiben dürften, wolle man ein wirklichkeitsnahes Bild der Gesamtsituation in NRW zeichnen. „Zusammen mit dem Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) haben wir das Konzept daraufhin noch einmal überarbeitet und sozusagen die Perspektive erweitert.“ Der Auftakt nicht zuletzt für einen umfassenderen Austausch zwischen Land und Kommunen in Sachen Sozialplanung, aber auch für mehr Gespräche, mehr Wissenstransfer zwischen den Kommunen selbst. Ein Prozess, den das Land angestoßen und bis heute durch Veranstaltungen, Förderprogramme und Projekte nachhaltig unterstütze. So zum Beispiel auch durch die Einrichtung einer Fachstelle, die die Kommunen seit 2015 bei der Implementierung von Sozialplanungsprozessen kostenlos berät. Seit 2019 ist das Team Armutsbekämpfung und Sozialplanung bei der vom Land gegründeten Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B.) angesiedelt.

Übergeordnetes Ziel all dieser Bemühungen: die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in NRW. Ein Anspruch, von dem die Realität indes noch weit entfernt ist: „2022 waren



**WIR WISSEN SEHR GENAU, DASS SICH ARMUT VOR ALLEN DINGEN IN DEN BALLUNGRÄUMEN KONZENTRIERT. DIE ANZAHL DER ARMUTSQUARTIERE WÄCHST UND DIE BEREITS BESTEHENDEN VERFESTIGEN SICH.** Gabriele Schmidt

rund 3,3 Millionen Menschen in NRW einkommensarm.“ Und die Situation habe sich durch Corona, Flucht- und Energiekrise sowie durch die Inflation noch einmal verstärkt: „Die Menschen sind entspart, die haben nichts mehr, die können nichts mehr zubuttern. Und wir wissen sehr genau, dass sich Armut vor allen Dingen in den Ballungsräumen konzentriert. Die Anzahl der Armutsquartiere wächst, und die bereits bestehenden verfestigen sich.“



**KOMMUNEN UND KREISE HABEN AUS SICHT DES LANDES EINE SCHLÜSSELPOSITION IM KAMPF GEGEN ARMUT. SIE MÜSSEN SICH MIT DIESER POLARISIERUNG AUSEINANDERSETZEN, DIE SEGREGATION SCHULTERN. UND DAS MIT IMMER GERINGEREN FINANZIELLEN MITTELN.** Gabriele Schmidt

In diesen Quartieren, und solche gebe es längst auch schon in den ländlichen Regionen, kumulierten unterschiedliche Problemlagen: Niedrigeinkommen, Arbeitslosigkeit, hoher Migrationsanteil, mangelhafte Infrastruktur, Umweltbelastungen. „Kommunen und Kreise haben daher aus Sicht des Landes eine Schlüsselposition im Kampf gegen Armut. Sie müssen sich mit dieser Polarisierung auseinandersetzen, die Segregation schultern. Und

das mit immer geringeren finanziellen Mitteln.“ Was auch eine Auseinandersetzung mit dem Thema Altschuldenproblematik erfordere. „Für die Ruhrgebietskommunen wäre eine Entschuldung genial. Klar kann ich mir vorstellen, dass es Städte im Süden der Bundesrepublik gibt, die das kritisch sehen. Aber es hat nichts mit mangelhaften Fähigkeiten der Kämmer\*innen zu tun, sondern einfach mit einer überdurchschnittlichen Belastung durch soziale Probleme.“

Vor diesem Gesamthintergrund, so Schmidt, gewinne die kommunale Sozialplanung zukünftig immer stärker an Bedeutung; „sie ist aus unserer Sicht unverzichtbar für eine wirksame Steuerung“, denn sie analysiere sozialräumliche Angebote und benachteiligende Lebenslagen und wirke letzteren aktiv entgegen. Damit dies erfolgreich gelinge, dürfe eines jedoch nicht außer Acht gelassen werden: „Sozialplanung ist kein Solitär.“ Mit an den Tisch müssten bei allen Überlegungen sämtliche Disziplinen der Stadtentwicklung und -planung, also etwa auch Gesundheits- und Jugendhilfe, der Bildungsbereich und die Umwelt- und Klimaplanung sowie die freie Wohlfahrtspflege. „Wir brauchen alle Planer\*innen einer Kommune zusammen, um verschiedene Sichtweisen und viele fachliche Hintergründe zusammenzubringen. Und dazu gehört natürlich auch die Statistik, gehört eine valide Datengrundlage.“

Gerade dies sei eine Disziplin, bei der die Kommunen teils bereits deutlich weiter seien als das Land – und mit der sie zukünftig enorm punkten könnten. Denn eine integrierte Sozialplanung müsse letztlich kleinräumig aufgestellt sein, dürfe „nicht auf den Durchschnitt“ schauen, sondern nehme die unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Quartieren in den Blick. Anders formuliert: „Es gilt, Ungleiches ungleich zu behandeln.“ Eine bedarfsgerechte, ziel-

gerichtete Planung auf Basis individueller Daten sei letztlich das A und O wolle man erfolgreich agieren – verbunden auch mit einer möglichst frühzeitigen Einbeziehung der betroffenen Menschen vor Ort. „Das ist wichtig für ein Quartier, für das, was dort passiert und für die Art und Weise, wie das, was passiert, wahrgenommen wird.“



**ES IST ALSO KEINE ZEIT, DIE HÄNDE IN DEN SCHOSS ZU LEGEN; WIR SIND AUCH IN ZUKUNFT GEFORDERT.** Gabriele Schmidt

Tatsächlich, resümierte Schmidt, sei die kommunale Sozialplanung in den vergangenen Jahren bereits in vielen Bereichen professionalisiert worden. Regionale Umfragen zeigten, dass etwa die Zahl der Vollzeitstellen in der Sozialplanung deutlich gestiegen sei. Dennoch gebe es noch „viel zu tun“, kreisfreie Städte beispielsweise seien bisweilen deutlich weiter als kreisangehörige. „Es ist also keine Zeit, die Hände in den Schoß zu legen; wir sind auch in Zukunft gefordert.“

Zentraler Knackpunkt aktueller wie künftiger Diskussionen allerdings bleiben offenbar die Planungs- und Personalressourcen. „Wir als Land versuchen, den Prozess so weit, wie es unsere finanziellen Möglichkeiten zulassen, zu unterstützen. Und ich bin, was befristete Projekte angeht, dabei durchaus ähnlicher Meinung wie Sie, ich nehme die Kritik auf.“ Mehr noch: Eine geregelte Förderung, versicherte Schmidt, „wäre für uns sicherlich eine wichtige Investition“. Doch versuche das Land, schlussendlich auch über Projekte feste Strukturen vor Ort zu etablieren. „Wir fördern Personen, damit deren Arbeitsstellen verstetigt werden, so dass die Strukturen nicht zusammenbrechen, wenn eine Sozialdezernentin oder ein Sozialdezernent

wechselt oder Sozialplaner\*innen in den Ruhestand gehen. Und das ist für mich bei den Projekten vielleicht der Quantensprung.“

#### GESELLSCHAFT FÜR INNOVATIVE

#### BESCHÄFTIGUNGSFÖRDERUNG G.I.B. MBH

Die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung wurde 1986 vom Land NRW mit dem Ziel ins Leben gerufen, die Landesregierung bei der Realisierung ihrer arbeits- und sozialpolitischen Ziele zu unterstützen und entsprechende Initiativen fachlich zu begleiten. Die G.I.B. übernimmt dabei grundsätzlich eine vermittelnde Funktion zwischen dem Land und den kommunalen Akteur\*innen – und das in beide Richtungen: Sie flankiert kommunale Entscheider\*innen, Unternehmen und Trägergesellschaften bei der Umsetzung von Programmen, unterzieht die Projekte einem „qualitativen Controlling“ und erfasst zudem gebündelt Bedarfe und Wünsche aus den Regionen. Im Hinblick auf die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung steht die G.I.B. nordrhein-westfälischen Kommunen unter anderem in puncto kleinräumige Sozialberichterstattung und bei „der Entwicklung von ressort- und institutionsübergreifenden Arbeitsstrukturen, die geeignet sind, die komplexen Problemlagen in den Sozialräumen zu bearbeiten“ als Ansprechpartner zur Verfügung.

[www.gib.nrw.de](http://www.gib.nrw.de)



SOZIALBERICHTER-  
STATTUNG NRW:  
[www.sozialberichte.nrw.de/sozialberichterstattung\\_nrw/aktuelle\\_berichte/index.php](http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialberichterstattung_nrw/aktuelle_berichte/index.php)

# KEYNOTE: INTEGRIERTE SOZIALPLANUNG UND PRÄVENTIVE SOZIALPOLITIK ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Prof. Dr. Antonio Brettschneider, Technische Hochschule Köln, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften

Nora Jehles, Technische Hochschule Köln, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften

Die Notwendigkeit einer integrierten, ganzheitlichen Vorgehensweise verbunden mit einer kleinräumigen Analyse der Gegebenheiten, die Schaffung sicherer Strukturen, das Zusammendenken der Fachdisziplinen auf allen Ebenen: Die Keynote von Prof. Dr. Antonio Brettschneider und Nora Jehles (Technische Hochschule Köln) untermauerte zentrale Aspekte der vorangegangenen Debatte durch wichtige wissenschaftliche Fakten – und gab ihnen damit noch einmal deutlich mehr Brisanz. Das Fazit der Sozialwissenschaftler: Wenn komplexe Probleme auf „segmentierte Entscheidungsstrukturen“ treffen, dann könne das, so Brettschneider, in letzter Konsequenz bedeuten, dass „die sozialen Sicherungssysteme die sozialen

Ungleichheiten nicht reduzieren, sondern sie reproduzieren, multiplizieren oder zumindest im Einzelfall verstärken“. Stichwort: Versäulung von Politik und Verwaltung. Wer hier gegensteuern wolle, dürfe nicht auf „linearen Planungsoptimismus“ setzen, sondern müsse eine integrierte, ganzheitliche Strategie vortreiben, die verschiedene Akteur\*innen frühzeitig zusammenbringt. Dazu allerdings brauche es vor allem eine gemeinsame Wissensbasis. Bislang jedoch klaffen Theorie und Praxis bzw. Anspruch und Wirklichkeit integrierter Sozialplanung offenbar noch weit auseinander.

Komplexe Probleme also, „wicked problems“. Probleme, bei denen per Definition „nicht so ganz klar ist, was Ursache ist und was Wirkung“. Probleme, die einander bedingen, einander beeinflussen, Interdependenzen generieren. Wenn also beispielsweise Kinder bereits „extrem ungleich“ in der Grundschule ankommen, wenn es enorme Unterschiede gibt bei den kognitiven Leistungen, bei Körperkoordination, Visuomotorik oder auch beim Thema Adipositas, wo, fragte Brettschneider, setzen Lösungen dann an? „Ist das jetzt allein eine Frage des frühkindlichen Bildungssystems? Es ist bestimmt eine Frage der SGB-II-Regelsätze. Aber ist es nicht auch eine Frage der Familienpolitik? Wo bleibt hier die Kindergrundsicherung?“

Anders formuliert: „Wir haben also auf der einen Seite diese komplexen interdependenten Probleme, die Ganzheitlichkeit erfordern. Und auf der anderen Seite haben wir ein



**„ WIR HABEN ALSO AUF DER EINEN SEITE DIESE KOMPLEXEN INTERDEPENDENTEN PROBLEME, DIE GANZHEITLICHKEIT ERFORDERN. UND AUF DER ANDEREN SEITE HABEN WIR EIN POLITISCH-ADMINISTRATIVES SYSTEM, DAS FRAGMENTIERT IST UND DESHALB LETZTLICH ZU EINER SEGMENTIERTEN PROBLEMWAHRNEHMUNG FÜHRT: JEDER SIEHT NUR DIE SCHWIERIGKEITEN IN SEINEM EIGENEN BERITT, SEINEN EIGENEN ZUSTÄNDIGKEITEN. Prof. Dr. Antonio Brettschneider**

politisch-administratives System, das fragmentiert ist und deshalb letztlich zu einer segmentierten Problemwahrnehmung führt: Jeder sieht nur die Schwierigkeiten in seinem eigenen Beritt, seinen eigenen Zuständigkeiten.“ Die Folgen: Funktions- und Zugangsbarrieren sowie Probleme insbesondere an den Schnittstellen der Verantwortlichkeiten, wo sich im schlimmsten Fall niemand mehr zuständig fühlt. Die Menschen fallen durchs Raster. „Und diese Zugangsbarrieren zu sozialstaatlichen Leistungen treffen insbesondere diejenigen, die eh schon benachteiligt sind.“

Es sei, so Brettschneider, daher unumgänglich, das vielfach propagierte „Denken in Verantwortung, nicht in Zuständigkeiten“ durch Kooperationen und Vernetzungen auch wirklich zu realisieren. „Und das kann nur funktionieren, wenn wir sozialraum- und beteiligungsorientiert vorgehen, einen Fokus auf Prävention legen und wenn intersektional und multiprofessionell gearbeitet wird“. Ein wichtiger Gelingensfaktor sei darüber hinaus eine „integrierte Wissensbasis“, die gleichwohl für mehr steht als nur Daten. „Eine ganzheitliche Betrachtung würde bedeuten, dass wir ein Problemwissen haben und auch ein Problemlösungswissen, das wir gemeinsam zusammentragen und das auch eine Beteiligung der Menschen vor Ort, in den Stadtteilen und in den Einrichtungen inkludiert.“

Der Weg indes von einer „Logik der Kostenstellen“ hin zu einer „Logik der Ganzheitlichkeit“ – und damit zu einer funktionierenden integrierten Sozialplanung – scheint noch weit, wie Nora Jehles am Beispiel der Kita-Bedarfsplanung deutlich machte. Ihr Ausgangspunkt: ein Paradoxon. „Wir sehen, dass frühe Kita kompensatorisch wirken kann, insbesondere für sozial benachteiligte Familien. Und das sehen wir in verschiedenen Dimensionen. Das heißt in Bezug auf Sozialleistungsbezug, auf den Bildungshintergrund,

auf Migration. Das sind alles Familien und Kinder, die besonders von einem frühen und guten, qualitativ hochwertigen Kitabesuch profitieren können. Aber genau diese Gruppen besuchen die Kitas tatsächlich später.“ Die Crux: Ausgerechnet jene Maßnahmen, die gegensteuern sollten, haben das Problem augenscheinlich vertieft. „Tatsächlich sind die Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen seit Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz nicht kleiner, sondern größer geworden.“

Die Gründe? Zum einen haben benachteiligte Gruppen vielfach schlechteren Zugang zu Informationen und verfügen zudem nicht über die Ressourcen, um die eigenen Ansprüche und Optionen umzusetzen. „Und dann haben Sie da zwei Menschen, die diesen Platz brauchen“, zitierte Jehles aus einer Befragung von Jugendhilfe-/Kita-Bedarfsplaner\*innen. „Das eine ist der gut gebildete Mensch, der sofort den Weg über das Verwaltungsgericht kennt und ungefragt über den Anwalt ein Fax an das Jugendamt schickt und auf seinen Rechtsanspruch und die Klagemöglichkeiten hinweist. Der andere Mensch ist eine alleinerziehende Mutter, die den Platz braucht, und das Verfahren nicht so gut kennt.“

Warum aber gibt es überhaupt zu wenig Plätze? Weil, konstatierte Jehles, „die Datengrundlage nicht stimmt“. Die Befragung habe auch gezeigt, dass Planer\*innen lange Zeit etwa auf den Zensus 2011 zurückgegriffen hätten – der einen Rückgang der Bevölkerung prognostiziert habe. Hinzu komme der fehlende Wissens- und Datentransfer innerhalb der „versäulten“ Verwaltung: „Eine Befragung des Instituts für soziale Arbeit Münster (ISA) hat ergeben, dass von 243 teilnehmenden Jugendämtern, gerade einmal 204 über aktuelle Daten zur Bevölkerungsstruktur verfügen.“ Nicht einmal die Hälfte konnte auf kleinräumige Angaben zugreifen. „Mein Lieblingszitat

aus der Befragung: „Und dann plopten da plötzlich die Neubaugebiete auf.“



**GANZHEITLICHKEIT MUSS EIN FESTER TEIL DER REGELSTRUKTUREN WERDEN. DAS GEHÖRT IN DIE RAHMENVERTRÄGE REIN, IN DIE LEISTUNGSVEREINBARUNG. ALL DAS DARF NICHT IRGENDWO IM KLEINGEDRUCKTEN STEHEN, SONDERN ES MUSS VORNE STEHEN, ES MUSS SELBSTVERSTÄNDLICH SEIN. ES MUSS IN DIE TRÄGERKONZEPTE REIN, ES MUSS IN DIE KONZEPTE DER EINZELNEN EINRICHTUNGEN REIN, ES MUSS IN DIE ARBEITSPLATZBESCHREIBUNGEN REIN UND ES MUSS INS STUDIUM REIN.** Prof. Dr. Antonio Brettschneider

Mit Blick auf eine bedarfsgerechte Ressourcensteuerung – „Ungleiches ungleich behandeln“ – komme man jedoch gerade um eine explizit kleinräumige Datengrundlage nicht herum. Und die ende nicht etwa auf Sozialraumbene. „Wer hier mit der Gießkanne verteilt, verteilt unter Umständen nicht optimal, denn die Sozialstruktur in einer einzelnen Kita muss nicht auch der Sozialstruktur im Bezirk entsprechen. Hier gilt es sehr genau hinzuschauen, um Fehlallokationen zu vermeiden.“

Wenn also soziale Ungleichheiten nicht durch falsche Ressourcensteuerung reproduziert werden sollen, schloss Brettschneider, „dann braucht man Integration und Ganzheitlichkeit; man braucht eine ganzheitliche Wissensbasis“. Und die schließe statistische Daten ebenso ein wie relevante Daten anderer Fach-

disziplinen und Bereiche – was wiederum bedeute, „dass Kooperation und Vernetzung, dass die Zusammenarbeit von verschiedenen Akteur\*innen und Ressorts letzten Endes zum Normalstandard werden muss“.

Ganzheitlichkeit also nicht als Muss, nicht „on top“, nicht als Projekt, sondern als fester Teil der Regelstrukturen. „Das gehört in die Rahmenverträge rein, in die Leistungsvereinbarung. All das darf nicht irgendwo im Kleingedruckten stehen, sondern es muss vorne stehen, es muss selbstverständlich sein. Es muss in die Trägerkonzepte rein, es muss in die Konzepte der einzelnen Einrichtungen rein, es muss in die Arbeitsplatzbeschreibungen rein und es muss ins Studium rein.“ Und das, ergänzte Andrea Henze, Sozialbeigeordnete der Stadt Gelsenkirchen, aus dem Plenum heraus, gelte auch für jene Fachbereiche jenseits der Sozialwissenschaften: „Das muss auch bei den BWLern rein oder in die Umwelttechnik, denn ansonsten ist wieder nur eine Säule informiert.“ Und der Kreis lasse sich stetig erweitern, wie Dr. Ralf Tebest (Kreis Wesel) anmerkte: „Auch in den Kommunen muss es gelingen, dass man diesen Anspruch umsetzt, dass man das vorstandsübergreifend oder wie auch immer organisiert.“

Ohne die entsprechenden Anreize allerdings, schloss Brettschneider, sei es fraglich, ob ein solches Ansinnen tatsächlich auch in der Realität ankomme. „Man muss es schlussendlich nicht nur reinschreiben, sondern auch einpreisen. Wir brauchen eine Wissensbasis, aber wir brauchen auch eine Finanzierungsbasis. Und das ist sozusagen die Arbeit.“

# PODIUMSDISKUSSION

Andrea Henze, Sozialbeigeordnete, Stadt Gelsenkirchen

Michaela Hofmann, Koordinatorin des Arbeitsausschusses Armut und Sozialberichterstattung der Freien Wohlfahrtspflege NRW

Volker Kersting, ehem. Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR)

Gabriele Schmidt, Referatsleiterin, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS)

Carolin Trappmann, Sozialplanerin, Stadt Oberhausen



Sozialplanung ist ein wichtiges Instrument, um die Themen gleichwertige Lebensbedingungen und Armut anzugehen. Diese Tatsache blieb auf dem Podium unbestritten. Zugleich wurde deutlich, dass die Möglichkeiten längst noch nicht ausgereizt sind. Am Ende eines gemeinsamen Findungsprozesses könnte eine deutlich selbstbewusstere Sozialplanung stehen, die Haltung bezieht und den Schritt auch gen Politik wagt. Bislang jedoch scheint sie im Spannungsfeld zwischen Allheilmittel und „Zusatzding“ mehr oder minder gefangen.

Es wurde über Vernetzung gesprochen, über Rahmenbedingungen und Strukturen. Es ging um Zahlen, um Daten, um Finanzierung. Und ja: Auch Partizipation war Thema der vorausgegangenen Beiträge. Doch: „Was mir in der bisherigen Diskussion fehlt“, konstatierte Michaela Hofmann, Koordinatorin des Arbeitsausschusses Armut und Sozialberichterstattung der Freien Wohlfahrtspflege

NRW, „ist die Tatsache, dass es auch darum gehen muss, eine Haltung zu reflektieren, eine Haltung den Menschen gegenüber.“ Und das gelte für alle Ebenen, ob nun freie Wohlfahrtspflege, Land oder Kommune. „Wie betrachte ich die Menschen, für die ich etwas tue? Wenn ich da den Eindruck habe, ich weiß immer, was für sie richtig ist, werde ich sie nicht fragen. Wenn ich seitens der Politik den Eindruck habe, die kriegen schon genug Geld, warum soll ich mich auf Sozialdaten einlassen, die mir eigentlich zeigen, dass ich mehr Geld geben muss? Unsere Haltung zu reflektieren, ist etwas, was in diesem ganzen Prozess meiner Meinung nach vergessen wird.“

Ein Prozess, der prinzipiell jedoch schon auf einem guten Weg sei, die eingeforderte ganzheitliche Sicht auch umzusetzen, wie die Oberhausener Sozialplanerin Carolin Trappmann anmerkte. „In den Kommunen wird schon ganz viel gemacht; es wird versucht, allen zu vermitteln, dass sie das Thema Armut mit in ihre Planungen reinbekommen müssen, nicht als Zusatzaufgabe, sondern als gemeinsame Herausforderung.“ Auch in Oberhausen hätte sich – ähnlich wie in Gelsenkirchen, wo Sozialplaner\*innen, Quartierskoordinator\*innen und Fördermittelmanager\*innen an einem Tisch sitzen – eine Arbeitsgruppe aus Planer\*innen verschiedener Disziplinen zusammengefunden. „Und das hat der Entwicklung wahnsinnig geholfen“. Ebenso wie die Tatsache, dass es in der Stadt eine „sehr gut aufgestellte Statistikstelle“ gebe. Ein Aspekt, der auch für Andrea Henze wesentliche Bedeutung hat: „Die statistische Datenlage ist extrem wichtig. In Gelsenkirchen entwickeln wir



**DIE SOZIALPLANUNG MUSS POLITISCHER WERDEN. SIE MUSS DIE RAHMENBEDINGUNGEN HINTERFRAGEN, UNTER DENEN SIE GEZWUNGEN IST, ZU ARBEITEN, SONST BEWEGT SICH NICHTS.** Volker Kersting

im AK Sozialraum deshalb unseren Indikatorenkatalog permanent weiter.“ Angesichts „extremer Herausforderungen der Kommunen“, ergänzte die Gelsenkirchener Sozialbeigeordnete, habe es die Sozialplanung jedoch grundsätzlich schwer, sich etwa bei Verwaltungsvorständen zu behaupten. „Da geht es dann eher um das Thema Zuwanderung, um Fördermittelakquise, um Kita- und Schulbau, um Themen, die auch von außen sichtbar sind als beispielsweise das Thema Obdachlosigkeit, das im Verhältnis eine eher kleine Personengruppe betrifft.“

Und genau diese eingeschränkte Wahrnehmung seitens der Politik sei eines der grundlegenden Probleme, urteilte der Diplom-Soziologe Volker Kersting: „Eine ausreichende Kindergrundsicherung wäre ja beispielsweise schon ein Anfang; damit würde man Teilhabe erreichen. Aber das ist politisch nicht gewollt.“ Ähnliches gelte für die Entschuldung der Kommunen, die angesichts der prekären Situation des Ruhrgebiets „dringend nötig“ wäre. „Wir stecken im Ruhrgebiet in einer Vergeblichkeitsfalle.“ Mit Blick auf eine enorme „Territorialkonkurrenz um Mittel“ müsse die Metropole Ruhr, „endlich kapieren, dass man sich auf die Hinterbeine stellen muss; es geht hier um Verteilungskämpfe, und manchmal habe ich das Gefühl, dass man versucht, sich hier mit unheimlich guter Arbeit selbst aus dem Sumpf zu ziehen, aber das funktioniert nicht“.

Kerstings Fazit: „Die Sozialplanung muss politischer werden. Sie muss die Rahmenbedingungen hinterfragen, unter denen sie gezwungen ist, zu arbeiten, sonst bewegt sich nichts.“ Im Gegenteil: In den vergangenen Jahren sei das „Niveau von Problemen, von Armut“ im Ruhrgebiet immer weiter gestiegen; die Schere klaffe immer weiter auseinander. „Sozialplanung muss deshalb das Selbstbewusstsein aufbauen, Handlungs- und gesellschaftliche Bedingungen, Krisen deutlicher zu hinterfragen und da auch Statements zu liefern.“ Der gerade verabschiedete Ethikkodex des Vereins für Sozialplanung (VSOP) setze genau hier an: „Sozialplanung muss auch eine politische und advokatische Funktion übernehmen und für Benachteiligte eintreten. Sie darf nicht nur ein Teil der Verwaltung sein.“

Kein lästiges Anhängsel also. Aber eben auch keine „eierlegende Wollmilchsau“, konterte Gabriele Schmidt, Referatsleiterin im MAGS NRW: „Sozialplanung ist ein Instrument. Sie verhindert nicht, dass Städte verschuldet sind und weniger freiwillige Angebote in bestimmte Quartiere bringen können. Sie verhindert nicht, dass immer wieder Leute durch immer noch zu geringen Mindestlohn oder durch zu geringe Regelsätze in Armut kommen. Wir sind nicht naiv. Wir glauben nicht, dass Sozialplanung unser Land von Armut befreit, aber sie ist ein wichtiges Instrument. Doch das darf nicht dazu führen, dass alles andere vernachlässigt wird. Und das machen wir auch nicht. Die Kindergrundsicherung oder der Mindestlohn sind Themen, die wir auf Landesebene angehen.“

Und dennoch: Ein stärkeres politisches Selbstverständnis, mehr Offenheit und Selbstverständlichkeit auch beim Thema frühzeitige Einbeziehung der freien Wohlfahrt, der Betroffenen vor Ort und nicht zuletzt ein „sehr genaues Hingucken, wo Geld

vielleicht unsinnig ausgegeben wird“, könne die Sozialplanung nur voranbringen, urteilte Hofmann. „Sozialplanung ist ein total politischer Prozess und damit können wir enorm viel Politik machen. Aber wir müssen auch begreifen, dass es Politik ist. Und vielleicht kriegen wir damit dann auch diese ganzen Projekte abgeschafft und kommen wieder dazu, dass man sagt, wir müssen Strukturen fördern.“



Letztlich, so warf Christiane Certa (Stadt Dortmund) aus dem Plenum ein, erforderten „kollektive Lösungsstrategien“ jedoch auch eine geregelte Zusammenarbeit von Kommunen, Land und Bund: „Wir haben gerade darüber geredet, dass wir es mit multikomplexen, sich überlappenden Problemlagen zu tun haben. Die muss Sozialplanung lösen. Und da können wir vor Ort die besten Struk-

turen aufstellen und die besten Lösungen entwickeln. Wenn uns die Rahmenbedingungen fehlen, diese Lösungsstrategien auch umzusetzen, dann sehen wir ziemlich arm aus. Und die Rahmenbedingungen entstehen im Bund. Ich rede hier beispielsweise vom Arbeitsmarkt, vom Gesundheitswesen.“ Dennoch könne man auf kommunaler Ebene Lösungen vorschlagen. „Und da haben wir genau den Auftrag, den Volker Kersting formuliert hat. Aber wir brauchen auch die Bereitschaft auf der anderen Seite, sich an diesen gemeinsamen Lösungen zu beteiligen. Und die ist noch relativ gering ausgeprägt.“

In vielen Bereichen werde Sozialplanung tatsächlich nach wie vor als eine Art „Zusatzding“ wahrgenommen, wie Tobias Stacke (Stadt Bergkamen) es formulierte. „Und da wird man dann auch mit anderen Dingen belagert, die natürlich irgendwie sozial sind, aber auf die Sozialplanung als solche nur begrenzt einwirken kann. Deshalb wäre die Frage, inwieweit es möglich ist, es auch gesetzlich fester zu zurren, dass Sozialplanung ein fester Bestandteil der kommunalen Arbeit wird und nicht nur so ein Kann-Ding?“ Ein in der Vergangenheit bereits kontrovers diskutiertes Thema, so Schmidt, das dem ungeachtet „vielleicht doch noch einmal intensiver besprochen werden sollte; auch wenn ich da etwas skeptisch bin, weil man nicht immer grundsätzlich sagen kann, dass alles, was gesetzlich vorgeschrieben ist, auch tatsächlich gut oder mit großem Engagement gemacht wird“.



**WIR BRAUCHEN AUCH DIE BEREITSCHAFT AUF DER ANDEREN SEITE (BEI LAND UND BUND), SICH AN DIESEN GEMEINSAMEN LÖSUNGEN ZU BETEILIGEN. UND DIE IST NOCH RELATIV GERING AUSGEPRÄGT.**

Christiane Certa

Der Reiz einer „institutionellen Sozialplanung“, hielt Kersting dagegen, bestünde beispielsweise darin, dass die Kommunen dann auch entsprechende Stellen schaffen müssten. Stichwort: Regelstrukturen statt Projekte. Andererseits könne, merkte Hofmann an, mit einer solchen Verankerung auch die vielfach kritisierte starre Versäulung noch einmal

zusätzlich verfestigt werden. Um dies zu vermeiden und die Versäulung zu „überformen“, müsse man, so das Fazit von Prof. Dr. Antonio Brettschneider, prinzipiell sämtliche Planungen – Jugendhilfe, Altenhilfe, Sozialplanung – generell „ins SGB I und damit grundsätzlich vor die Klammer ziehen“. Schlussendlich brauche es die von Certa bereits eingeforderte Konnexität, um voranzukommen: „Schreib es mir vor, gib mir das Geld und dann lass mich machen – das wäre der bessere Weg. Man kann einfach nicht erwarten, dass die Kommunen vor Ort alles zusammenbinden, was weiter oben auseinanderläuft.“ Und was bedeutet das nun für das regionale



**SCHREIB ES MIR VOR, GIB MIR DAS GELD UND DANN LASS MICH MACHEN – DAS WÄRE DER BESSERE WEG.** Prof. Dr. Antonio Brettschneider

Engagement? Ganz sicher nicht zurücklehnen und abwarten. Darüber war sich das Podium einig. Gefragt seien im Gegenteil eine noch stärkere, deutlich fachbereichsübergreifende Vernetzung der Akteur\*innen, mehr Zusammenarbeit gerade auch von Nachbarkommunen sowie die Entwicklung gemeinsamer Handlungsempfehlungen. All dies verbunden nicht zuletzt mit einer gemeinsamen Datenbasis – „kein Datenfriedhof, sondern zentrale Kernindikatoren“, wie Henze anmerkte. Gefordert sei vor diesem Hintergrund schlussendlich auch der Regionalverband Ruhr, bei dem, wie Kersting vorschlug, etwa die „längst hinreichend vorhandenen“ Individualdaten der Kommunen zentral zusammenlaufen könnten. So ließen sich Ressourcen bündeln und im Idealfall noch wissenschaftlich unterfüttern. Anders gesagt: „Wir müssen das Ganze endlich mal robust ausstatten, das heißt, es darf nicht nach drei Jahren wieder kaputtgehen, sondern es muss solide finanziert sein.

Das hätte man vor 30 Jahren schon machen können. Also fangt endlich mal an.“

#### ETHIKKODEX DES VEREINS FÜR SOZIALPLANUNG VSOP

In Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedern hat der Verein für Sozialplanung einen eigenen „Ethikkodex Sozialplanung“ erarbeitet. Sozialplanung komme, so die Ausgangslage, „in ihrer steuernden Funktion, als Organisator von Beteiligung, Diskursen und Vernetzung eine besondere Verantwortung zu“. Folglich sollten sich einzelne Sozialplaner\*innen sowie die „gesamte Disziplin“ an bestimmten ethischen Prinzipien orientieren, die ihnen zugleich „Orientierung in der täglichen Arbeit“ bieten. Konkret sind das unter anderem: Menschenrechte, Wahrhaftigkeit, Partizipation, Teilhabe, Vielfalt, Integrität und Selbstreflexion.

[www.vsop.de](http://www.vsop.de)

# WORLD CAFÉ – PERSPEKTIVEN DER INTEGRIERTEN STRATEGISCHEN SOZIALPLANUNG

Ideenentwicklung für Herausforderungen, die im Rahmen der Sozialplanung zukünftig angegangen werden sollen



Wie steht es um die Perspektiven und Herausforderungen der integrierten strategischen Sozialplanung? Wie ist der Ist-Zustand? Was fehlt? Was gelingt? Was gilt es, zu verändern? Welche Ideen und Wünsche gibt es auf Seiten der Planer\*innen selbst? Und wie muss sich die kommunale Sozialplanung zukünftig aufstellen, um anstehenden Herausforderungen wirksam zu begegnen?



**DER WESENSKERN DER SOZIALPLANUNG IST LETZTLICH GANZ BANAL: NÄMLICH EINE GUTE KOMMUNIKATION DER AKTEUR\*INNEN MITEINANDER UND EINE ERFOLGREICHE KOOPERATION.**

Dr. Frank Nitzsche

Über die Methode „World Café“ stiegen die Konferenzteilnehmenden am Nachmittag in die direkte Diskussion ein. In wechselnden Gruppen und in drei Durchläufen à 20 Minuten diskutierten sie insgesamt sechs unterschiedliche Themenfelder. Panel-Paten des RVR und der G.I.B. präsentierten in einem „Wrap-up“ anschließend die jeweiligen Ergebnisse.

Und genau dieser Austausch, das Zusammenbringen vielfältiger Ansichten und Ideen sei, so Dr. Frank Nitzsche, Projektleiter des Teams Armutsbekämpfung und Sozialplanung bei der G.I.B., letztlich „das Wesen“ integrierter strategischer Sozialplanung. „Wenn es um komplexe, vielschichtige und multidimensionale Probleme geht, brauchen wir auch eine vielschichtige Sozialplanung bzw. eine Sozialplanung, die sich in vielschichtigen Themenfeldern auskennt. Denn Sozialplanung ist eben nicht nur ein Instrument, sie ist auch eine Methode. Sie ist ein Prozess, sie ist eine Struktur und sie ist auch oftmals eine Haltungsfrage. Der Wesenskern der Sozialplanung ist aber letztlich eigentlich ganz banal: nämlich eine gute Kommunikation der Akteur\*innen miteinander und eine erfolgreiche Kooperation.“ Für Tobias Stacke (Stadt Bergkamen) war dies eine der Hauptbotschaften der Veranstaltung, wie er in der abschließenden Statement-Runde erklärte: „Ich nehme für mich persönlich mit, dass wir vielleicht ein bisschen weg von den – unbestritten wichtigen – Daten und wieder mehr rein in den gemeinsamen Dialog müssen.“

## 1. Sozialplanung „goes Quartier“ – Schnittstelle Sozialplanung und Quartiersentwicklung

Lisa Bartling, Gesellschaft für innovative

Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B)

Kristin Dittrich, Regionalverband Ruhr (RVR)



Welche Bedeutung hat die Verschränkung von Sozialplanung und Quartiersentwicklung? Und mit welchen konkreten Ansätzen und Konzepten kann die Verbindung weiter gestärkt werden?

Vor allem, indem man bewusst in Sozialräumen denkt und handelt. „Wir waren uns in der Diskussion einig“, resümierte Lisa Bartling (G.I.B.), „dass Sozialplanung nur mit einem sozialräumlichen Fokus funktioniert. Sozialplanung und Quartier sind also nicht voneinander zu trennen; auch wenn es um gesamtstädtische Strategien geht“.

Damit Sozialplanung jedoch tatsächlich Veränderungen anstoßen kann, sei es unumgänglich, Wissen zu bündeln, unterschiedliche Quellen zu nutzen und etwa sozialstatistische Daten systematisch um Expert\*innen-Wissen aus den jeweiligen Sozialräumen zu ergänzen. Dazu gelte es, zentrale Akteur\*innen vor Ort zu identifizieren, „Schlüsselpersonen“ zu ermitteln. Und nicht zuletzt müssten auch niedrighel-

lige Angebote erarbeitet werden – zentral gelegene, regelmäßig besetzte Anlaufstellen im Quartier beispielsweise – umso eine Beteiligung von Bürger\*innen als Expert\*innen überhaupt möglich zu machen.

Ziele, für die die Sozialplanung aus Sicht der Panel-Teilnehmenden allerdings neue Rahmenbedingungen benötigt. Bartling: „Es braucht Kontinuität, es braucht verlässliche Strukturen.“ Und neben dem politischen Willen und einer entsprechenden Legitimation ist schlussendlich auch ein Überdenken des eigenen Anspruchs notwendig: „Sozialplaner\*innen müssen grundsätzlich auch erst einmal bereit sein, im Quartier mitzuentwickeln, mitzudenken.“ Gelingt dies, seien die daraus resultierenden Impulse tatsächlich nicht zu unterschätzen. Denkbar, fasste Kristin Dittrich (RVR) weitere Aspekte der Diskussion zusammen, wäre es zum Beispiel, das Quartier noch sehr viel deutlicher als bislang als „Möglichkeitsraum“ zu verstehen. Etwa für neue Wohnformen, die Generationen gezielt miteinander verbinden. Stichwort: Pflegenotstand. „Deshalb ist wichtig, dass Sozialplanung die Träger und Handelnden im Quartier, aber auch die betroffenen Anwohner\*innen noch stärker befragt, dass man bedarfsorientiert arbeitet, dass man Bedarfe und Angebotslandschaft abgleicht.“

Tatsächlich sei die Schaffung von interdisziplinären Teams in der Quartiersentwicklung – Frank Nitzsche erinnerte hier an die Gelsenkirchener Arbeitsgruppe aus Sozialplanung, Quartiers- und Fördermittelmanagement – „eine der wesentlichen Herausforderungen für uns alle“. Und auch in puncto Partizipation müsse man, so der G.I.B.-Projektleiter, zukünftig „noch einmal richtig Gehirnschmalz investieren“. Dass es geht, bewiesen etwa die Verbände der freien Wohlfahrtspflege in NRW mit ihren regelmäßigen Austauschforen, in denen Beteiligte und Betroffene zu Wort kämen. Das Wissen also sei schon da. Nun gelte es, dieses umfassend zu nutzen.

## 2. Sozialplanung als Mittel zur Armutsbekämpfung

Denise Anton, Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B)

Martina Brandt, Regionalverband Ruhr (RVR)



Die Diskussion im zweiten Panel startete mit einer Schärfung der Begrifflichkeiten: So kam man zunächst überein, dass Sozialplanung weniger ein Mittel zur Armutsbekämpfung, denn eines zur Armutsfolgenbekämpfung sei – „immerhin liegt vieles beim Thema Armutsbekämpfung nicht im Aufgaben- und Entscheidungsbereich der Kommune“, erläuterte Denise Anton (G.I.B.). Sozialplanung diene daher vielmehr der Schaffung von Chancen. Zentrales Ziel der eigenen Arbeit müsse es folglich sein, dass Armut als „Querschnittsthema“ wahrgenommen und in allen Bereichen grundsätzlich mitgedacht wird.

Sozialplanung ist eine Aufgabe, für die Vernetzung (Was machen die anderen Fachbereiche gerade? Wo kann ich andocken?), ein transparenter Informations- und Wissensaustausch sowie nicht zuletzt umfangreiche Fakten hermussten. Konkret: eine belastbare, möglichst kleinräumige Datenbasis aus unterschiedlichen Bereichen, mit der man „nach

innen und außen“ arbeiten könne, weiter hinein in die Verwaltung, aber auch in die Politik und in Richtung Fördermittelgebende, damit „zusätzliche Gelder in die Kommunen und die spezifischen Räume kommen“. Sicher allerdings war für die Teilnehmenden auch: Allein über Projekte lässt sich ein solcher Anspruch nicht umsetzen. Anton: „Es muss in den Räumen auch dauerhafte Angebote geben. Gerade der Vertrauensaufbau dauert oft sehr lange und kann nicht in diesem Zweijahres-Projekt-Rhythmus funktionieren.“ Immerhin gelte es, in einen Dialog mit den Bürger\*innen zu kommen, aus dem die Sozialplanung, wie Martina Brandt (RVR) es formulierte, letztlich vielleicht auch als „advokatischer Hinweisgeber“ hervorgehen könne, „wenn in Quartieren Themen aus dem Ruder laufen“.

All dies jedoch müsse auf kommunaler Ebene – bei Dezernent\*innen und Bürgermeister\*innen – letzten Endes auch gewollt sein. Anton: „Wenn auf der Führungsebene kein Interesse an dieser Rolle der Sozialplanung besteht, wird es auch in den Strukturen darunter nicht gut gelingen, einen solchen Anspruch umzusetzen.“ Hier sei klare Kommunikation gefragt – in beide Richtungen. Und Nietzsche ergänzte: „Dass wir Entscheider\*innen deutlich machen, welche Möglichkeiten sie zur Gestaltung ihrer Stadt, ihrer Kommune haben, ist eine ganz wichtige Zukunftsaufgabe. Und vielleicht kann ja auch der RVR in den Ruhrgebietskommunen noch einmal den einen oder anderen Anstoß in diese Richtung geben.“

### 3. Zusammenarbeit zwischen Sozialplanung und Fachplanungen

Susanne Marx, Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B.)

Claudia Horch, Regionalverband Ruhr (RVR)



Zusammenarbeit – gut und schön. Aber was gilt es bei einer Kooperation auf kommunaler Ebene eigentlich zu beachten? Welche Phänomene tauchen an der Schnittstelle zwischen Sozial- und Fachplanung auf? Was ist kommunale Praxis? Wo liegen Hürden und Chancen? Das dritte Panel setzte sich in Sachen fachbereichsübergreifende Vernetzung mit der methodischen Ebene auseinander – und machte als eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen von Kooperationen zunächst das Finden einer „gemeinsamen Sprache“ aus. Claudia Horch (RVR): „Es ist wichtig, sich frühzeitig auf wesentliche Punkte zu einigen. Und das beginnt bei den Begrifflichkeiten. Ein Teilneh-

mer merkte an, dass, je nachdem aus welcher fachlichen Ecke man käme, ein Sozialraum entweder ein Quartier oder auch ein Umkleideraum sein könne.“ Darüber hinaus müsse man gemeinsam konkrete Themen und Ziele identifizieren, ergäben sich daraus doch erst „die Rollen, die jedem und jeder einzelnen in einem multidisziplinären Team zufallen“. Eine zusätzliche Herausforderung: Das Netzwerk muss beständig gepflegt werden – und das unabhängig von Projektzeiträumen und Personen. „Es muss Kontinuität in der Vernetzung geben, was den eigentlichen Austausch angeht, aber auch mit Blick auf die Ressourcen, die für diese Vernetzung zur Verfügung stehen.“ Das heißt: Es braucht geregelte Strukturen. Vernetzungsarbeit, so das Fazit, dürfe nicht einfach nur „on top“ geleistet werden.

Gelingen, darüber waren sich die Teilnehmenden einig, könne dies nur über transparente Prozesse. „Dieser Punkt war allen ganz wichtig“, resümierte Susanne Marx (G.I.B.) „Hier geht es um Fragen wie: Was läuft eigentlich? Wie ist der aktuelle Stand? Darum, dass regelmäßig – und quasi automatisch – auch mal eine Info gegeben wird, was denn jetzt aus dem Projekt, aus der Weiterentwicklung geworden ist, und dass nicht monatelang Stille herrscht und keiner weiß, wofür er oder sie jetzt einen Beitrag geleistet hat.“ Weitere wichtige Faktoren: realistische Zeitschienen, realistisch kalkulierte Ressourcen und ein gutes gemeinsames Arbeitsklima. „Stichwort: Kekse.“

In Sachen „persönliche Ansprache“ allerdings machten die Gruppen neben klaren Vorteilen durchaus auch Risiken aus. „Natürlich ist es hilfreich, wenn die Menschen, die da zusammenkommen sollen, sich persönlich gut verstehen. Gleichzeitig birgt das aber auch die Gefahr, dass die Struktur wegbricht, wenn einer geht.“ Nur auf diesen einen Gelingensfaktor zu setzen, sei zwar „bequem und angenehm“, aber letztlich „wenig tragfähig“.

„ ES MUSS KONTINUITÄT IN DER VERNETZUNG GEBEN, WAS DEN EIGENTLICHEN AUSTAUSCH ANGEHT, ABER AUCH MIT BLICK AUF DIE RESSOURCEN. Claudia Horch

#### 4. Interaktion zwischen Kommunen, Politik und freier Wohlfahrtspflege

Lars Czommer, Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B)

Sabine Auer, Regionalverband Ruhr (RVR)



Gelingende Kooperationen standen auch im Mittelpunkt des vierten Panels, das den Kreis der Partner\*innen neu zog und die Zusammenarbeit von Kommunen, Politik und freier Wohlfahrtspflege in den Blick nahm. Aus Sicht der Sozialplanung ergab die Analyse der Teilnehmenden dabei gleich mehrere „erfreuliche“ Erkenntnisse, wie Lars Czommer (G.I.B) konstatierte: „Die große Schnittstelle, die überall genannt wurde, ist das Interesse aller Beteiligten, die Teilhabechancen grundsätzlich zu verbessern. Das ist ein optimaler Anpack, eine sehr gute Ausgangslage“. Auch war man sich einig, dass insbesondere der Sozialplanung bzw. der Sozialberichterstattung eine ganz wesentliche Rolle bei der Realisierung dieses Anspruches zufalle: „Über die kleinräumige Datenauswertung, das Herausfinden, wo genau Problemlagen sind, kommt man in den Dialog. Und Dialog ist ein weiteres ganz wichtiges Stichwort.“ Denn ein Meinungs austausch setze eine bestimmte Haltung voraus: „Dass man nämlich auf allen

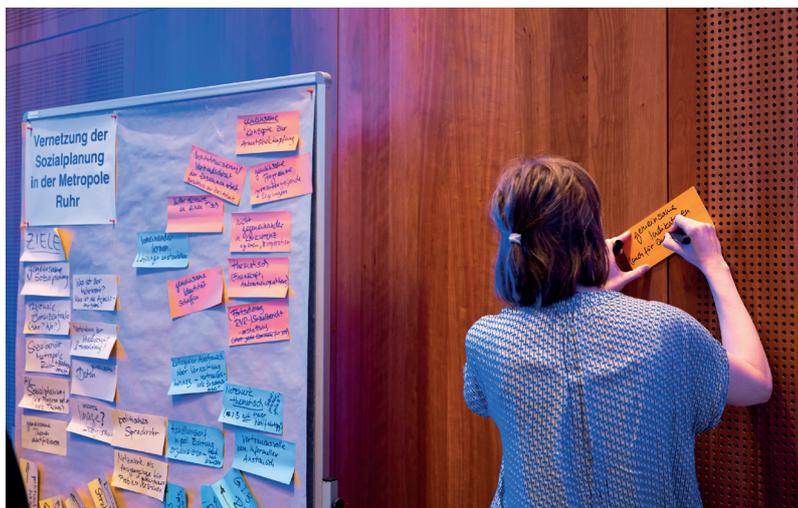
Seiten bereit ist, das Thema gemeinsam und miteinander anzugehen.“ Und dies auch im Hinblick auf gemeinsame Ressourcen.

Und: Die Zusammenarbeit dürfe nicht auf das Dreieck Kommune, Politik, Wohlfahrtspflege beschränkt bleiben – was die Partner\*innen angehe, aber auch die Perspektive. Stichwort: Quartiersbezug. „Es ist wichtig, vor Ort bestimmte Strukturen zu implementieren, um ganz genau zu ermitteln, welche Zielgruppen es gibt. Und das muss möglichst partizipativ geschehen, indem man etwa über die freie Wohlfahrtspflege direkt ins Gespräch mit den Betroffenen kommt.“ Man könne, fügte Michael Neuhaus vom Caritasverband Gelsenkirchen an, letzten Endes umfassend und wechselseitig voneinander profitieren, wenn man die verschiedenen Akteur\*innen erst einmal an einen Tisch bekomme: „Wir sind teilweise sehr nah dran an den Menschen und können deshalb auch eine Rückmeldung in die andere Richtung geben. Und wenn es da dann ein offenes Ohr gibt, umso besser.“ Im besten Falle, ergänzte Sabine Auer (RVR) weitere Diskussionsergebnisse, münde die Zusammenarbeit in nachhaltigen Kooperationen bzw. gemeinsamen Kooperationsvereinbarungen. „Wir haben das Thema in den Gruppen wirklich weit gedacht und auch intensiv über die Frage gesprochen, in welchen Strukturen das Ganze stattfinden kann.“ Mehrheitlich gewünscht sei ein institutionalisierter Rahmen, der dennoch „offen und transparent“ sei – etwa eine „AG Wohlfahrt“. Neben der damit verbundenen „langfristigen Verlässlichkeit“ müsse es jedoch auch darum gehen, „kurzfristig Ergebnisse erlebbar zu machen, damit im Stadtteil deutlich wird, dass etwas passiert“. Auf diese Weise gebe man der Sozialplanung in der Öffentlichkeit zugleich eine deutlich präsentere Stimme, als dies vielleicht bislang der Fall sei: „Und dann kann Sozialplanung auch politisch relevant werden.“

## 5. Vernetzung der Sozialplanung in der Metropole Ruhr

Isabell Rohling, Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B.)

Carlotta Bonny, Regionalverband Ruhr (RVR)



Panel Nummer fünf schließlich erweiterte den Blick von der kommunalen Ebene auf die regionale. Wie kommen Akteur\*innen der Sozialplanung in der Metropole Ruhr zusammen? Und: Sollten sie das überhaupt? Ja, sie sollten. Und sie wollen. „Wir haben tatsächlich in keiner Gruppe gehört, dass wir eine regionale Vernetzung nicht brauchen“, erläuterte Isabell Rohling (G.I.B.).

„**WENN WIR UNS VERNETZEN, DANN MUSS ES OFFIZIELL SEIN. ES MUSS EINEN GEEIGNETEN RAHMEN GEBEN.**“

Teilnehmer\*in aus dem Workshop 5

Fazit war aber auch: „Wenn wir uns vernetzen, dann muss es offiziell sein. Es muss einen geeigneten Rahmen haben. Also im besten Fall gibt es einen Beschluss und jemanden, der das Ganze in die Hand nimmt.“ Ein

„klarer Arbeitsauftrag“ nicht zuletzt an RVR und G.I.B., die von den Teilnehmenden als mögliche Koordinatoren eines solchen Prozesses explizit ins Spiel gebracht wurden. Und das „sehr deutlich und häufig“, wie Carlotta Bonny (RVR) anmerkte. „Insofern denke ich, wird es da auf irgendeine Art und Weise ein Angebot geben“. Eine entsprechende Hilfestellung sicherte Nitzsche in der Statement-Runde bereits zu: „Ich kann mir eine beratende Unterstützung des RVR bei der Vernetzung der Ruhrgebiets-Kommunen zum Thema durchaus vorstellen.“

Unabhängig von der Rahmgestaltung indes gelten auch für den regionalen Austausch jene Faktoren, die eine gelingende Kooperation allgemein hin auszeichnen: Multiprofessionalität und Offenheit, Transparenz und Kontinuität. Und vielleicht auch: Vielfalt. Immerhin, so Rohling, habe die Diskussion möglicher inhaltlicher Schwerpunkte nachdrücklich erkennen lassen, dass es zahlreiche unterschiedliche Bedarfe gebe. Das Angebot eines gemeinsamen Netzwerkes von Sozialplaner\*innen in der Metropole Ruhr könne „vom informellen Austausch, bei dem man auch mal ein bisschen Luft ablassen kann, bis hin zu einer gemeinsamen Sozialberichterstattung“ reichen.

Tatsächlich, so Julia Middelhaue (Stadt Essen), benötige man für verschiedene Anliegen auch jeweils andere Formate: „Wenn man Sozialplanung macht, sollte man auch kreativ sein. Und wenn man kreativ ist, denkt und handelt man vielleicht auch ein bisschen anders – und trifft sich ein bisschen anders.“ Vorstellbar wäre aus ihrer Sicht etwa ein „Salon Sozialplanung“. Ein Aspekt, den Christiane Certa (Stadt Dortmund) ganz ähnlich sah: „Der Punkt ist, dass wir andere Positionen, andere Sichtweisen verstehen wollen. Und vielleicht wäre es deshalb ganz gut, wenn wir auch in einer anderen neuen Form zusammenkommen.“

Entscheidender aber sei, dass der Austausch überhaupt erfolge. Wie fruchtbar gemeinsame Treffen seien, habe die aktuelle Sozialkonferenz immerhin sehr deutlich gezeigt: „Ich habe heute ein tolles Praxisbeispiel gehört, das ich am liebsten morgen sofort angehen würde.“ Als Vorteil, so Maxi Belitz (Stadt Castrop-Rauxel) habe sich dabei insbesondere die Multi-professionalität der Teilnehmenden erwiesen: „Ich fand es gut und sehr wichtig, dass die Konferenz heute so bunt besetzt war. Neben der Sozialplanung sind zum Beispiel auch die freie Wohlfahrt und die Jobcenter hier; ein wirklich bunter Haufen, der sich super mit den einzelnen Themen auseinandergesetzt hat.“

Der gemeinsame Dialog dürfe und sollte sich aus Sicht von Jörg Marx (Stadt Mülheim) dabei durchaus auch kritisch gestalten: „Wir müssen tatsächlich jede Gelegenheit nutzen, um uns transparent auseinanderzusetzen, uns mit der Wahrheit zu konfrontieren und

gegenseitig auch mal in konstruktiven Streit zu kommen. Denn alles Schönreden hilft nicht mehr. Uns läuft die Zeit weg. Wir müssen an den Themen dranbleiben und wir müssen einfach mehr im Sinne der Bürger\*innen denken. Sozialplanung darf niemals Selbstzweck sein.“

Wesentlich für eine gelingende Zusammenarbeit auf Ebene der Metropole Ruhr bleibt aus Sicht von Silvia Bader (Stadt Gelsenkirchen) daher vor allem ein fester struktureller Rahmen: „Salon klingt nach Diskussionsveranstaltung. Ich finde es viel wichtiger, dass das Ganze institutionalisiert wird, dass man tatsächlich eine richtige Zusammenarbeit hinkriegt – auch im Sinne einer Datenaustauschzentrale oder vielleicht auch über Abordnungen von Menschen, die gemeinsam fürs Ruhrgebiet Sozialplanung machen. Dennoch gehe ich auf jeden Fall positiv aus der Diskussion, denn offenbar wird ja von RVR oder G.I.B. etwas in die Hand genommen.“

## 6. Wirkungsorientierte Steuerung und Evaluierung

Dr. Frank Nitzsche, Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B)

Dr. Verena Eckl, Regionalverband Ruhr (RVR)



Veränderung bedeutet, Wirkung zu erzielen. Doch kann man Wirkung messen? Oder anders gefragt: Sollte man Wirkung messen? Wer eine Strategie für eine erfolgreiche kommunale Sozialplanung aufstellen will, kommt an den Bereichen Steuerung und Evaluation nicht vorbei. „Dieses Thema jedoch ist umstritten und das durchaus zu Recht“, erläuterte Frank Nitzsche. Die in dieser Hinsicht vielleicht prägnanteste Aussage des Panels lautete folglich: „Wirkungsmessung ist gefährlich.“

Die Formulierung von „Wirkungsmodellen“ gleichwohl könne solchen Befürchtungen zumindest ein Stückweit den Wind aus den Segeln nehmen. Verena Eckl (RVR): „Man muss sich also gemeinsam fragen: Was wollen wir erreichen? Wie wollen wir das machen und was soll am Ende dabei rauskommen?“ Entscheidend sei es, sich statt auf „strategisch-normative“ auf „operative“ Ziele zu einigen, „die dann tatsächlich auch erfasst

oder gemessen werden können, in welcher Form auch immer“. Denn deutlich wurde in der Diskussion auch: „Wirkungsmessung darf kein Controlling sein.“

Zwar würde sich der Nachweis eines „Social Return on Investment“ insbesondere in der Politik „gut machen“ – „aber wir sind sehr schnell zu dem Schluss gekommen, dass das nie auf Quartiersebene erfolgen, sondern immer nur auf Ebene einer einzelnen Maßnahme überhaupt beobachtet werden kann, weil man eben die SGB II-Quote im Quartier durch Sozialplanung nicht senken wird“. Eine Schlussfolgerung, die Heike Moerland (Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe) nicht unkommentiert lassen wollte: „Sozialplanung muss immer aus dem Quartier heraus, also sehr kleinteilig verortet, gestaltet werden, um Maßnahmen zu entwickeln, die dann auch wirklich helfen. Das ist eine ganz langfristige Perspektive. Aber wenn wir diese Perspektive aus dem Blick verlieren, dann brauchen wir mit der Sozialplanung als Mittel der Armutsbekämpfung eigentlich gar nicht erst anfangen.“

Wie aber lässt sich Wirkung nachweisen? Wie wird deutlich, ob und wie effektiv Maßnahmen greifen? Im besten Fall, indem sich Lebenslagen nachweislich verbessern. Was wiederum bedeutet, dass die Zielgruppe zwangsläufig in die Messung eingebunden werden muss. Neben der reinen Datenanalyse eignen sich aus Sicht der Teilnehmenden daher etwa auch Interviews und standardisierte Befragungen – von Betroffenen, aber auch von Politik oder Wissenschaft – als Ermittlungsmethoden. Welche Verfahren letztlich zum Tragen kommen, sollte ebenfalls zu Beginn einer Maßnahme festgelegt werden. Eines allerdings dürfe nicht geschehen: dass Sozialraummonitoring zur Wirkungsmessung genutzt werde. Dies sei ausnahmslos ein Mittel der Steuerung.

Grundsätzlich, erläuterte Nitzsche abschließend, sei es wichtig, Wirkungsanalyse nicht als eine Messung im eigentlichen Sinne zu begreifen, über die dann Wirkungszusammenhänge exakt nachvollziehbar würden. „Darum geht es nicht. Sondern darum, eine Rückmeldung an Politik und Verwaltung zu geben, welcher Einsatz an Personal und Mitteln langfristig an bestimmten Orten zu welchen Veränderungen führen kann.“ Der Fokus liege eher auf einer „Wirkungsorientierung“, nicht auf wissenschaftlichem Messen. „Und das ist ein grundlegendes Missverständnis, das immer wieder in die Diskussion einfließt, dieses Thema negativ beeinflusst – und über das man reden muss.“



**ES GEHT DARUM, EINE RÜCK-  
MELDUNG AN POLITIK UND VER-  
WALTUNG ZU GEBEN, WELCHER  
EINSATZ AN PERSONAL UND  
MITTELN LANGFRISTIG AN BE-  
STIMMTEN ORTEN ZU WELCHEN  
VERÄNDERUNGEN FÜHREN KANN.**

Dr. Frank Nitzsche

# SCHLUSSWORT UND AUSBLICK

Claudia Horch, Leiterin Referat Bildung und Soziales beim Regionalverband Ruhr (RVR)



**WIR WOLLEN IM VERBUND MIT DEN SOZIALBEIGEORDNETEN ÜBERLEGEN, WIE WIR JETZT BESTMÖGLICH WIRKSAM WERDEN KÖNNEN. UND DAS KANN VOM AUFBAU EINER SOZIALBERICHT-ERSTATTUNG BIS HIN ZU POLITISCHEN POSITIONSPAPIEREN GEHEN.** Claudia Horch

Der Wunsch nach einer stärkeren Vernetzung aller Akteur\*innen aus dem Feld Sozialplanung und weiterer relevanter Disziplinen wurde im Rahmen der Sozialkonferenz Ruhr in den Reihen der Teilnehmenden mehr als einmal laut. Die Moderation eines solch ganzheitlich angelegten Prozesses sah das Plenum dabei vielfach beim RVR. Und der Regionalverband Ruhr, das versicherte Claudia Horch in ihrem Schlusswort, sei bereit, diese Rolle auch zu übernehmen. „Wir bieten eine Plattform an, um gemeinsam zu sondieren, wo der

Austauschbedarf besonders groß ist. Und wir nehmen sehr gerne das Angebot der G.I.B. an, dies nicht allein zu tun, sondern in einer guten Kooperation.“

Tatsächlich seien wesentliche Aspekte der vorangegangenen Diskussionen bereits Themen der regulären RVR-Agenda – angefangen bei Daten und Fakten, wo man keinesfalls „bei Null“ ansetzen müsse: „Wir konzipieren in Kooperation mit RuhrFutur derzeit den dritten Bildungsbericht Ruhr. Dieser enthält auch Daten über die soziale Lage, so dass man da ganz pragmatisch aufsetzen könnte, indem man den Bericht um weitere soziale Aspekte erweitert oder Teile ausgliedert.“ Nicht erfüllen könne man allerdings eine Erwartungshaltung, die davon ausgehe, dass „wir jetzt flächendeckend eine kleinräumige Sozialplanung machen, und die ist morgen fertig“. Aktuell müsse es vorrangig darum gehen, Problemlagen, Herausforderungen und zentrale Aufgaben zu identifizieren – „und dabei kann man hervorragend auf vorhandene kommunale Sozialberichte zurückgreifen, da steht ja schon alles drin“.

Unabhängig von der datenbasierten Argumentation sei es jedoch – wie schon in der Podiumsdiskussion angeklungen – unerlässlich, das Thema Soziales stärker „in den politischen Raum zu transportieren“. Eine Aufgabe, der der RVR beispielsweise über die Bildungs- und Sozialbeigeordneten an der Schnittstelle von Verwaltung und Politik nachkomme. „Wir kriegen von dort immer sehr gute Impulse für Themen, aber eben auch für Strategien. Deshalb wollen wir im Verbund mit den Sozialbeigeordneten überlegen, wie wir jetzt bestmöglich wirksam werden können. Und das kann vom Aufbau einer Sozialberichterstattung bis hin zu politi-



BILDUNGSBERICHT  
RUHR:  
<https://bildungsbericht.ruhr>

schen Positionspapieren gehen.“ Ein solches Positionspapier zum Thema Soziales sei etwa auch im Rahmen des Berlin-Ruhr-Dialogs erstellt worden. „Da stand auch das Thema Altschulden-Lösung drin – und es wurde gut argumentiert. Die Frage ist nun, wie wir die Politik da hinbekommen, dieses Thema weiter ins Land und in den Bund zu tragen. Denn ich glaube, wir haben aktuell im Ruhrgebiet einen Kipp-Punkt erreicht. Wenn jetzt nichts passiert, wird es ganz schwierig.“

Umso wichtiger sei es, den „positiven Schwung“ der Sozialkonferenz Ruhr, das Engagement und die Begeisterung dieses Tages, die Ideen, Anregungen und Ergebnisse mitzunehmen in die weitere gemeinsame Arbeit. „Ich denke, wir sind heute schon ein ganzes Stück weitergekommen.“



**ES IST UNERLÄSSLICH, DAS  
THEMA SOZIALES STÄRKER IN  
DEN POLITISCHEN RAUM ZU  
TRANSPORTIEREN. WIR HABEN  
AKTUELL IM RUHRGEBIET EINE  
ART KIPP-PUNKT ERREICHT.  
WENN JETZT NICHTS PASSIERT,  
WIRD ES GANZ SCHWIERIG.**

Claudia Horch

